

Pressemitteilung

Nr. 033/12 vom 13.04.2012

Post von Rechtsextremisten, "Reichsbürgern" und "Reichsregierungen"

Krude Theorien: Wie „Reichsbürger“ versuchen, aus der Erde eine Scheibe zu machen

Verfassungsschutz informiert über Reichsbürgerbewegung – Schreiber: „Reichsbürger verfolgen das Ziel, die verfassungsmäßige Ordnung zu delegitimieren“

Potsdam - Immer häufiger flattern Mitarbeitern von Kommunalverwaltungen, Bürgermeistern, Schulleitern, Polizeidienststellen und Landtagsabgeordneten Schreiben von „Reichsregierungen“ oder „Reichsbürgern“ auf den Tisch. Darauf wies der Verfassungsschutz heute in Potsdam hin. Dahinter können sich Querulanten oder anderweitig Verhaltensauffällige verbergen, aber auch Rechtsextremisten könnten hinter den Versandaktionen stecken.

„‘Reichsbürger‘ eint die krude Auffassung, die Bundesrepublik Deutschland sei kein rechtmäßiger Staat. Sie wollen damit die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und den Staat an sich delegitimieren“, sagte Verfassungsschutzchefin **Winfriede Schreiber**. Häufig zweifeln sie amtliche Bescheide sowie Verwaltungsakte an und hoffen, gezielt Verwirrung zu stiften. Bußgeldzahlungen werden verweigert und Strafbefehle sollen ins Leere laufen. Um ihr Verhalten zu rechtfertigen, präsentieren „Reichsbürger“ Fantasiepapiere wie „Reichsausweise“ oder angebliche „Rechtsgutachten“. Verwaltungsmitarbeitern werfen sie rechtswidriges Handeln vor. Zu Beschimpfungen und Bedrohungen kommt es ebenso. Manchem wurde sogar schon ein „Urteil“ eines selbsternannten „Reichsgerichts“ zugestellt.

Einige Beispiele für „Reichsbürger“-Aktivitäten in Brandenburg:

- Ein „Reichsbürger“ wollte kein Bußgeld wegen Falschparkens zahlen. Stattdessen schickte er eine „Abmahnung“. Die darin erhobenen Vorwürfe lauteten Willkür, Nötigung, Rechtsbeugung, Betrug, Amtsanmaßung und die Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die Stadtverwaltung erstattete Anzeige.

- In einer weiteren Gemeinde wehrte sich ein „Reichsbürger“ gegen ein Bußgeld wegen zu schnellen Fahrens. Weil sein Brief Bedrohungen enthielt, wurde er der Polizei übergeben.
- Woanders legte ein „Reichsbürger“ Widerspruch gegen Gebührenbescheide ein. Die Gemeindeverwaltung setzte die Gebühreinzahlung schließlich gerichtlich durch.
- Eine andere Verwaltung hatte Probleme mit Personen, die sich weigerten, ihre Personalausweise vorzulegen. Stattdessen beharrten sie darauf, nur „Reichsbürgerpässe“ zu besitzen.
- Eine angebliche „Richterin am Reichsgericht“ sprach gegenüber einem brandenburgischen Landratsamt ein „Grundstücksbetretungsverbot, Hausverbot und ein Zustellverbot“ aus.
- Manipulationen an einem Kfz-Kennzeichen fielen der Polizei auf. Ein „Reichsbürger“ hatte das Landkreisswappen durch einen Reichsadleraufkleber ersetzt.
- Vor wenigen Wochen gingen bei rund 300 brandenburgischen Schulen Schreiben „auf besondere Anordnung der Reichsregierung und des Reichsgerichts“ ein. Unter anderem wurde zur „Vorsorge im Ernstfall“ wegen angeblich anstehender Veränderungen in Deutschland aufgefordert.
- Auch der brandenburgische Verfassungsschutz bleibt nicht verschont. Ein „Reichsbürger“ verlangte unlängst Einsicht in die „Gründungsurkunde“ des Verfassungsschutzes.

„Reichsbürger“ betrachten die Bundesrepublik Deutschland als illegal

„Reichsregierungen“ und „Reichsbürger“ behaupten, das Deutsche Reich bestünde in den Grenzen von 1937 bis heute völkerrechtlich fort. Dagegen sei die Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich nur teildentisch, daher völkerrechtlich illegal somit juristisch nicht existent. Konsequentermaßen ignorieren „Reichsbürger“ zudem alles, was ihren wirren Auffassungen zuwiderläuft. Geht ein solcher Vorgang vor Gericht, sind die Urteile mehr als deutlich. So entschied 2006 beispielsweise das Amtsgericht Duisburg: *„Das Bonner Grundgesetz ist unverändert in Kraft. Eine deutsche Reichsverfassung, eine kommissarische Reichsregierung oder ein kommissarisches Reichsgericht existieren ebenso wenig, wie die Erde eine Scheibe ist.“*

Die Weigerung, die Staatsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland und die ihrer Nachbarn anzuerkennen, wird als Gebietsrevisionismus bezeichnet. Er ist zusammen mit dem Geschichtsrevisionismus (Bestreben, den Nationalsozialismus und seine Auswirkungen nachträglich zu rechtfertigen) gemeinsames Anliegen

und Klammer aller rechtsextremistischen Gruppierungen. *„Daher gehört es zum gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes, solche Bestrebungen zu beobachten“*, erklärte **Schreiber**.

Konkurrenzkampf zwischen den „Reichsregierungen“

Viele „Reichsregierungen“ konkurrieren um ihre „Reichsbürger“. Sie heißen „Kommissarische Reichsregierung“, „Amtierende Reichsregierung des Deutschen Reiches“, „Exil-Regierung Deutsches Reich“, „Rat der Nationalversammlung“, „Präsidium des Deutschen Reichs“, „Zentralrat Deutscher Staatsbürger“ und so weiter. Wie nicht anders zu erwarten, behauptet jede „Regierung“, die einzig wahre und legitime „Reichsregierung“ zu sein. Zum Teil bestehen diese Gruppen seit über 25 Jahren. Ständige Abspaltungen sowie Neugründungen sind an der Tagesordnung. Obendrein kommen sich all diese „Regierungen“ auch noch mit Mächtgern-Staaten wie „Germanitien“ oder der „Natürlichen Selbstverwaltung oekokekko“ ins Gehege.

Spontan geht es offenbar bei „Reichsregierungs“-Gründungsversammlungen zur Sache. In Hannover wurde 2004 beispielsweise die „Exil-Regierung Deutsches Reich“ von sage und schreibe 20 Personen ins Leben gerufen. Im Protokoll heißt es hierzu: *„Nach der Begrüßung durch Herrn Norbert Schittke stellte dieser fest, dass nur ein verschwindend geringer Teil des gesamtdeutschen Reichsvolkes erschienen sei, worauf er die Versammlung schloss und sie kurz darauf erneut eröffnete, womit die Versammlung beschlussfähig war.“* Sie ist die derzeit aktivste „Reichsregierung“. Hochgestapelt zum „Reichskanzler“ hat sich Norbert Schittke. Seine Gruppe hält in einigen Bundesländern Treffen ab. Manche „Reichsregierung“ setzt auch NS-Symbolik ein. So nutzte beispielsweise die „Regierung des Deutschen Reichs“ Hakenkreuz-Motive.

Zur Finanzierung ihrer dubiosen „Regierungs“-Aktivitäten müssen „Reichsbürger“ mitunter Beiträge entrichten. Hinzu kommt der Verkauf völlig wertloser Fantasie-papiere: „Reichsführerscheine“, „Reichsbaugenehmigungen“, „Reichspersonalausweise“, „Reichsgewerbescheine“, „Dienstausweise“, „Reichskinderausweise“ und vieles mehr werden über meist altbacken daherkommende, oft im Ausland betriebene Internetseiten feilgeboten. Es geht also auch darum, „Reichsbürgern“ für wertlosen Müll Geld aus der Tasche zu ziehen. Ärger ist damit vorprogrammiert. Verfahren wegen Amtsanmaßung, Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen treffen die selbsternannten „Amtsträger“ von „Reichsregierungen“.

„Reichsregierungen“ und Anbindungen an das rechtsextremistische Milieu

Rechtsextremisten sympathisieren mit „Reichsbürgern“ oder sind selbst Mitglied in solchen Gruppen. Zu einem Entwicklungsschub der „Reichsaktivisten“ haben die rechtsextremistischen Vereinigungen „Deutsches Kolleg“ des Hamburger Rechts-extremisten Dr. Reinhold Oberlercher und die „Völkische Reichsbewegung“ beigetragen. Letztere wurde vom ehemaligen RAF-Terroristen Horst Mahler ursprünglich als „Reichsbürgerbewegung“ gegründet. Gemeinsames Ziel beider Organisationen ist die Wiederherstellung des Deutschen Reiches und die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie.

Auch Meinolf Schönborn – militanter Neonationalsozialist aus Nordrhein-Westfalen, Anführer der „Nationalen Ordnung“ und ehemaliger Gefolgsmann des 1991 verstorbenen Neonationalsozialisten Michael Kühnen – ist bekennender „Reichsbürger“. Er hat Anhänger im nördlichen Brandenburg.

Für Aufsehen sorgte zuletzt „Die Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen“. Unter diesem Absender wurden vor wenigen Wochen obskure Drohbriefe mit rassistischen und antisemitischen Schmähungen an jüdische und islamische Gemeinden in Deutschland verschickt. Brandenburgische Kommunen waren ebenso betroffen. In dem Schreiben wird die „Wiedererstehung des Deutschen Reiches“ gefordert. Zugleich finden sich wörtliche Verweise auf das neonationalsozialistische Netzwerk „Widerstand Südbrandenburg“ und dessen Kampagne „Die Unsterblichen“: *„Es ist einfach herrlich, wie diese Kameraden hier die scheinheilige Kuh ‚DEMOKRATIE‘ entzaubern. Wie auch wir schon des öfteren betont haben, ist die ‚Demokratie‘ eine geschickt getarnte diktatorische Herrschaftsform, in welcher (...) nur die die charakterlosesten, opportunistischsten und unfähigsten Personen in die führenden Ämter gelangen (...) Nicht ohne Grund heißt ‚Demokratie‘ Herrschaft des Abschaums ...“* (Schreibfehler im Original).

Gemeinsamkeiten zwischen „Reichsregierungen“ und Rechtsextremisten

Verlautbarungen und Aktivitäten von „Reichsregierungen“ und „Reichsbürgern“ muten oftmals komisch und realitätsfern an. Bei Spinnereien bar jeder Vernunft ist man schnell geneigt, zu schmunzeln, zumal auf den ersten Blick nicht immer ein rechtsextremistischer Hintergrund offen erkennbar sein muss. Trotz allem versuchen „Reichsregierungen“, einen gesellschaftlichen Resonanzboden für rechtsextremistisches Gedankengut zu schaffen und zu bedienen. „Reichsregierungen“ sind teilweise tief in der rechtsextremistischen Szene verankert. Volksverhetzende Äußerungen, Holocaust-Leugnung, Werbung für rechtsextremistische Parteien

sowie Aufrufe für rechtsextremistische Demonstrationen sind keine Seltenheit. *„Sicherlich ist nicht jeder ‚Reichsbürger‘ automatisch als Rechtsextremist zu betrachten. Doch die ideologische Nähe und die ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen ‚Reichsregierungen‘ und Rechtsextremisten liegen offen“*, unterstrich Verfassungsschutzchefin **Schreiber**.

Richtiger Umgang mit „Reichsbürgern“

Wer mit „Reichsbürger“-Aktivitäten konfrontiert wird, kann sich an folgenden Hinweisen orientieren:

- Es ist sinnlos, mit „Reichsbürgern“ zu diskutieren. Denn „Reichsbürger“ verfolgen damit das Ziel, Verwirrung zu stiften, um staatliche Stellen vom rechtlich gebotenen Handeln abzulenken.
- Bei Vergehen von „Reichsbürgern“ sollten staatliche Stellen schnell und konsequent handeln. Wenn ein „Reichsbürger“ beispielsweise Manipulationen am Kfz-Kennzeichen vornimmt, sollte unverzüglich der Betrieb des Fahrzeugs auf öffentlichen Straßen untersagt und zusätzlich der Verdacht der Urkundenfälschung geprüft werden.
- Beleidigungen, Bedrohungen und weitere strafrechtlich relevante Verhaltensweisen von „Reichsbürgern“ sollten unverzüglich den Strafverfolgungsbehörden angezeigt werden.
- Dienstlicher Schriftwechsel mit „Reichsbürgern“ sollte auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränkt bleiben. Insbesondere Widersprüche oder ähnliche Schriftsätze, in denen die Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik Deutschland angezweifelt wird, sind schlicht als unbegründet zurückzuweisen.
- Materialien von „Reichsbürgern“ mit rechtsextremistischen Inhalten sollten dem Verfassungsschutz übermittelt werden.

* * *